

Zeittafel¹⁶⁰

1983-1998	Unabhängige Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung, die sog. ‚Waffenschmidt-Kommission‘.
1994	Unabhängige Expertenkommission zur Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, die sog. ‚Schlichter Kommission‘;
1995	Umsetzung der Ergebnisse der Schlichter-Kommission durch die Arbeitsgruppe aus Vertretern der Koalitionsfraktionen und der Bundesressorts, die sog. ‚Ludwig-Kommission‘.
1995-1997	Sachverständigenrat ‚Schlanker Staat‘ (Vors. Prof. Dr. Rupert Scholz).
Späte 1990er	<i>Standardkostenmodell (SCM) als methodischer Ansatz zur Messung der Kosten gesetzlich auferlegter Informationspflichten; entwickelt vom Economisch Instituut voor het Midden-Kleinbedrijf / Economic Institute for SME (EIM); maßgeblich beteiligt André Nijseen und Brigitte van der Burg; letztere später Mitglied von ACTAL, danach Mitglied des NL-Parlaments.</i>
2000	<i>Einsetzung von ACTAL (AdviesCollege Toetsing Administratieve Lasten) in den Niederlanden, 2017 umbenannt in ATR (Adviescollege Toetsing Regeldruck); NL-Regierung verkündet ein 25%-Bürokratieabbauziel</i>
11/2001 11/2002	<i>Bericht und Empfehlungen der Gruppe für die Qualität der Rechtsetzung (Mandekern-Kommission), eingesetzt von den Ministern für öffentliche Verwaltung der EU.</i>
03/2005	<i>Veröffentlichung des Berichts der EU-Kommission „Bessere Rechtsetzung 2004“, KOM(2005) 98.</i>
11/2005	Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD mit der Ankündigung der Einrichtung eines unabhängigen Normenkontrollrats.
2006	<i>Einsetzung des ‚Better Regulation Committee‘ in Großbritannien, 2009 Einsetzung des ‚Regulatory Policy Committee‘ (RPC).</i>
1.6.2006	Verabschiedung des Gesetzes zur Einsetzung eines Normenkontrollrats (NKR) im Deutschen Bundestag; Bundesregierung verkündet ein 25%-Bürokratieabbauziel.
19.09.2006	Berufung der Mitglieder des Normenkontrollrats (Erstbesetzung für das Mandat 2006 bis 2011), Übergabe der Urkunden durch Bundespräsident Horst Köhler in Anwesenheit von Bundeskanzlerin Angela Merkel; anschließend konstituierende Sitzung im Bundeskanzleramt.

160 Kursiv = andere europäische Länder und Europäische Union

2006-2008	Durchführung der ‚Bestandsmessung‘ (Erfassung aller Informationsverpflichtungen für Unternehmen in den in Kraft befindlichen Gesetzen und Verordnungen) durch das Statistische Bundesamt; Ergebnis: 9.519 Informationspflichten aus 1.263 Gesetzen und Verordnungen verbunden mit einer Kostenbelastung von 49,3 Milliarden Euro.
2007	<i>EU-Kommission startet ‚Aktionsprogramm zum Abbau von Verwaltungslasten‘, ebenfalls mit einem 25%-Bürokratieabbauziel; Beginn der Arbeit des ‚Impact Assessment Board‘ (IAB) der EU-Kommission.</i>
8.10.2007	Erster Beschluss der Europa-Staatssekretäre der Bundesregierung zu einem EU ex ante-Verfahren (Bürokratiekostenabschätzung bei Gesetzgebungsvorschlägen der EU-Kommission).
2008 – 2014	<i>Arbeit der sog. ‚High Level Group on Administrative Burdens‘ unter Vorsitz des ehem. Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (Initiative von EU-Kommissionspräsident Barroso); Mitglieder u.a. auch die Vorsitzenden von NKR (D), ACTAL (NL) und RPC (GB). Zweimalige Mandatsverlängerung bis Oktober 2014; Vorschläge für ein umfangreiches Paket an Bürokratieabbauvorschlägen mit einem Gesamtvolumen von 33,4 Mrd. Euro.</i>
2008ff	Erste ‚Einfacher-Zu-Projekte‘ des NKR (zur Kostenentlastung für Bürger und/oder Unternehmen bei der Umsetzung bestimmter gesetzlicher Regelungen in Zusammenarbeit mit Betroffenen und Behörden): Wohngeld, Elterngeld; gefolgt von ‚Einfacher zum Studenten-BAFÖG‘, ‚Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen für ausländische Fachkräfte‘.
29.7.2009	Das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes legt mit dem neuen Artikel 91c die Grundlage für die Einrichtung des IT-Planungsrates und ermöglicht mit Artikel 91d die Durchführung von Leistungsvergleichen zwischen den Bundesländern (bisher nicht angewandt!).
09/2009	Bundestagswahl
11.02.2010	100. Sitzung des NKR, u.a. mit Tagesordnungspunkten zum „Gesetz zur Verfestigung der kommunalen Option – Neuorganisation SGB II“ sowie dem Bericht vom Gesprächskreis ‚Vollzugsoptimierung durch Leistungsvergleiche‘ der Bertelsmann Stiftung.
1.4.2010	Vertrag über die Errichtung des IT-Planungsrates und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Art. 91c GG (BGBl. I S. 1126, 2851); geändert am 19.12.2019 (Einfügung FITKO, Föderale IT-Kooperation); darin: Beschlüsse des IT-Planungsrats bedürfen der Zustimmung des Bundes sowie „einer Mehrheit von 11 Ländern, welche mindestens zwei Drittel ihrer Finanzierungsanteile nach dem Königsteiner Schlüssel abbildet.“.
03/2011	Novelle des Normenkontrollrat-Gesetzes: Erweiterung des Mandats auf den sog. ‚Erflungsaufwand‘, d.h. alle Folgekosten einer gesetzlichen Regelung, statt nur – wie bisher – die Kosten aus Informationspflichten! Erweiterung des NKR von 8 auf 10 Mitglieder.
2011	Erreichen des 25%-Bürokratieabbauziels der Bundesregierung von 2006 (12,5 Mrd. Euro).

09/2011	Ende des 1. und Beginn des 2. Mandats des NKR.
17.12.2012	Beschluss der Europa-Staatssekretäre zur Weiterentwicklung des EU ex ante-Verfahrens.
23.1.2013	Grundsatzbeschluss des Staatssekretärsausschusses Bessere Rechtsetzung zur (erstmaligen) Einführung einer systematischen Ex post-Evaluierung von Gesetzen nach 3 bis 5 Jahren in Deutschland, v.a. ob und inwieweit das Ziel des jeweiligen Gesetzes erreicht wurde. Einzelheiten zur Durchführung der Evaluierung bleiben noch offen.
04/2013	Der NKR vergibt sein erstes Gutachten „Quantifizierung des Nutzens von Regelungsvorhaben. Internationale Erfahrungen im Vergleich“; Anlage 4 enthält eine Übersicht aller seitdem vom NKR vergebenen Gutachten.
09/2013	Veröffentlichung des E-Government-Prüfleitfadens, der von IT-Planungsrat und NKR gemeinsam entwickelt wurde und das Ziel verfolgt, die Digitaltauglichkeit von Rechtstexten zu verbessern.
09/2013	Bundestagswahl
10/2013	2. Gutachten im Auftrag des NKR „Gutachten zur Durchführung von Ex post-Evaluationen – Gute Praktiken und Erfahrungen in anderen Staaten“.
04/2014	Mindestlohn-Gesetz: Auseinandersetzung zwischen NKR und Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles zur Transparenz der Folgekosten; später weitere Auseinandersetzung zwischen NKR und BMAS zur Transparenz der Folgekosten durch Aufzeichnungspflichten der Unternehmen.
07/2014	Beschluss zur Einsetzung eines Normenkontrollrats in Sachsen.
5.9.2014	200. Sitzung des NKR, u.a. mit Tagesordnungspunkten zum „Entwurf eines Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen“ sowie zur „Weiterentwicklung des sog. EU ex ante-Verfahrens“.
10/2014	NKR veröffentlicht in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung eine Studie zu Lebenslagen von Asylbewerbern inkl. Vorschlägen zur Verwaltungs- und Verfahrensvereinfachung.
6.10.2014	Halbzeit (des 2. Mandats)-Veranstaltung des NKR mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Sigmar Gabriel: Beide erklären ihre Bereitschaft, die Einführung einer „One-in-one-out“-Regel zu prüfen.
02/2015	3. Gutachten im Auftrag des NKR „Vollzugsorientierte Gesetzgebung: Wie können EU, Bund, Länder und Kommunen die Folgekosten rechtlicher Vorgaben besser ermitteln?“.
2014/2015	Beginn einer engeren Zusammenarbeit unabhängiger Räte mit NKR-ähnlichen Aufgaben; Gründung des Netzwerks ‚RegWatchEurope‘, beginnend mit NKR (D), ACTAL (NL), RPC (GB), Swedish Better Regulation Council (SWE) und RIAB Regulatory Impact Assessment Board (CZ); bis 2020 kommen Räte aus Finnland, Norwegen und Dänemark hinzu.

19.3.2015	Letztes Hindernis für den One-in-one-out-Beschluss des Bundeskabinetts wird ausgeräumt: Der Chef des Bundeskanzleramts teilt den Ressorts per mail mit, dass Bundeskanzlerin und Vizekanzler vereinbart haben, dem Wunsch des NKR nach einer Anhörung bei der Vorbereitung eventueller Beschlüsse zur Deckelung von Kompensationserfordernissen zu entsprechen.
25.3.2015	Das Bundeskabinett beschließt die Einführung der ‚One-in-one-out‘ Regel. Der Beschluss tritt rückwirkend zum 1.1.2015 in Kraft, also nur 3 Monate nach der von Bundeskanzlerin und Vizekanzler erklärten Bereitschaft zur Prüfung dieses Vorschlags.
05/2015	<i>EU-Kommission (Juncker) veröffentlicht Mitteilung „Better regulation for better results – an EU agenda“; Das „Regulatory Scrutiny Board“ (RSB) ersetzt – mit mehr Unabhängigkeit und erweiterten Rechten – den seit 2007 arbeitenden ‚Impact Assessment Board‘ (IAB).</i>
07/2015	NKR veröffentlicht in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt und Vertretern des Gesundheitssektors den Abschlussbericht zum Projekt ‚Mehr Zeit für Behandlung – Vereinfachung von Verfahren und Prozessen in Arzt- und Zahnarztpraxen‘.
2.7.2015	Bundestag beschließt Bürokratieentlastungs-Gesetz I, Volumen 744 Mio €.
09/2015	Flüchtlingskrise; NKR besucht Erstaufnahmeeinrichtungen in Heidelberg, Schweinfurt, Oldenburg, Manching sowie Berlin und führt mehrere Fachgespräche im BAMF; Verabschiedung mehrerer gesetzgeberischer Asylpakete sowie Anpassung zahlreicher weiterer Gesetze und Verordnungen.
11/2015	4. Gutachten im Auftrag des NKR „E-Government in Deutschland: Vom Abstieg zum Aufstieg“.
12/2015	Positionspapier des NKR „Handlungsempfehlungen des NKR zur zügigen und effizienten Bewältigung der Flüchtlingskrise“.
12/2015	BA- und BAMF-Präsident F.-J. Weise verfügt, dass für etwa ein Jahr 800 Mitarbeiter der BA das BAMF bei der Abarbeitung von Asylanträgen unterstützen; umgekehrt helfen 5 Jahre später zu Beginn der Corona-Krise 100 Mitarbeiter des BAMF bei der BA, den Ansturm an Kurzarbeitergeldanträgen zügig zu bearbeiten – Premieren bei der gegenseitigen Unterstützung relevanter Behörden in einer Krise.
11.1.2016	Beschluss der Europa-Staatssekretäre für ein neues, erweitertes EU ex ante-Verfahren.
06/2016	5. Gutachten im Auftrag des NKR „E-Government in Deutschland: Wie der Aufstieg gelingen kann – ein Arbeitsprogramm.“
06/2016	NKR veröffentlicht in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt den Abschlussbericht zum Projekt ‚Fähigkeit von Sozialversicherungsbeiträgen‘.
09/2016	Ende des 2. und Beginn des 3. Mandats des NKR.
30.3.2017	Bundestag beschließt Bürokratieentlastungs-Gesetz II, Volumen 135 Mio €.

6/2017	Bundestag und Bundesrat verabschieden Onlinezugangsgesetz (OZG) zur Digitalisierung der wichtigsten 575 öffentlichen Dienstleistungen in Deutschland bis Ende 2022; darin Ermächtigung des Bundesinnenministers zum Erlass verbindlicher „technischer Kommunikationsstandards“ für „im Portalverbund [von Bund, Ländern und Gemeinden] genutzte informationstechnische Systeme“. Von dieser Ermächtigung hat der Bundesinnenminister – auch angesichts des zwischenzeitlich immer größer gewordenen Rückstands - bisher keinen Gebrauch gemacht.
09/2017	09/2017 Bundestagswahl
10/2017	6. Gutachten im Auftrag des NKR „Mehr Leistung für Bürger und Unternehmen: Verwaltung digitalisieren. Register modernisieren.“ sowie Begleitgutachten des Statistischen Bundesamts „Ein Blick in die Registerlandschaft in Deutschland“ und „Registernutzung in Zensus und Bevölkerungsstatistik in Österreich und der Schweiz“ nebst Untersuchung der Universität Speyer „Rechtliche Grenzen einer Personen- bzw. Unternehmenskennziffer in staatlichen Registern“.
11/2017	NKR beschließt und veröffentlicht seine „Anmerkungen zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung: Schlussfolgerungen aus der Flüchtlingskrise für die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit von Staat und Verwaltung“.
12/2017	Beschluss zur Einsetzung eines Normenkontrollrats in Baden-Württemberg.
7.12.2017	NKR erhält den ‚Preis für Soziale Marktwirtschaft‘ der Konrad-Adenauer-Stiftung.
07-10/2018	,Stocktaking‘ der EU-Kommission zur ‚Better Regulation Agenda‘; Ergebnisse in: Mitteilung der Kommission, Bessere Rechtsetzung: Wir ziehen Bilanz und erneuern unser Engagement, COM(2019) 178.
2.10.2018	Single Digital Gateway‘-Verordnung der EU – mit einem einklagbaren Rechtsanspruch auf bestimmte digitale öffentliche Dienstleistungen ab 2023.
10/2018	Monitor Digitale Verwaltung # 1 des NKR.
04/2019	7. Gutachten im Auftrag des NKR „Möglichkeiten zur Beschleunigung verwaltungsgerichtlicher Verfahren über Vorhaben zur Errichtung von Infrastruktureinrichtungen und Industrieanlagen“.
05/2019	Monitor Digitale Verwaltung #2 des NKR.
09/2019	EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen kündigt die Einführung der ‚One-in, one-out‘-Regel auf EU-Ebene an.
10/2019	8. Gutachten im Auftrag des NKR „Erst der Inhalt, dann die Paragrafen. Gesetze wirksam und praxistauglich gestalten“ sowie Erprobung der gutachterlichen Empfehlung durch ein Pilotprojekt im Rahmen der Weiterentwicklung des Ausländerzentralregisters.

10/2019	Monitor Digitale Verwaltung #3 des NKR.
22.11.2019	Bundestag beschließt Bürokratieentlastungs-Gesetz III, Volumen 1,1 Mrd. €.
26.11.2019	Der Staatssekretärsausschuss Bessere Rechtsetzung beschließt die „Fortentwicklung der Evaluierungskonzeption der Bundesregierung“; damit Ausfüllung der beim Grundsatzbeschluss vom 23.1.2013 offenen gebliebenen Durchführungsfragen für Evaluierungen gesetzlicher Regelungen.
ab 03/2020	ab 03/2020 Corona-Pandemie in Deutschland.
10.07.2020	300. Sitzung des NKR, u.a. mit Tagesordnungspunkten zum „Entwurf eines Investitionsbeschleunigungsgesetzes“ sowie einem Austausch mit einem Vertreter des ‚Regulatory Scrutiny Board‘ der EU-Kommission.
09/2020	Monitor Digitale Verwaltung #4 des NKR.
5.3.2021	Bundesrat verabschiedet (ebenso wie der Bundestag zuvor) mit deutlicher Mehrheit das Registermodernisierungsgesetz.
04/2021	<i>EU-Kommission veröffentlicht Mitteilung zur Besseren Rechtsetzung „Joining forces to make better laws“, u.a. mit der Ankündigung der Einführung der One-in, one-out-Regel für die Folgekosten gesetzlich auferlegter Informationspflichten der Unternehmen.</i>
05/2021	Monitor Digitale Verwaltung #5 des NKR.
05/2021	9. Gutachten im Auftrag des NKR „Digitale Verwaltung braucht digitaltaugliches Recht. Der modulare Einkommensbegriff.“
10.6.2021	NKR beschließt und veröffentlicht Schlussfolgerungen aus Flüchtlings- und Corona-Krise als Initiative ‚Leistungsfähige Verwaltung - Zukunftsfester Staat – Empfehlungen für eine nachhaltige Modernisierung – in der Krise wie im Alltag‘.
11.6.2021	Bundestag beschließt Unternehmensbasisregister-Gesetz – allerdings mit der Festlegung auf die – bis auf weiteres nicht betriebsbereite – steuerliche Wirtschafts-Identifikationsnummer des BMF.
24.6.2021	NKR beschließt und veröffentlicht „Planungs-, Genehmigungs- und Gerichtsverfahren für einen effektiven Klimaschutz“ – am Tag, als die Änderung des Klimaschutzgesetzes im Deutschen Bundestag verabschiedet wird.
07/2021	10. Gutachten im Auftrag des NKR „Das Servicehandbuch zum digitalen Servicestandard. Wegweiser für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen“ inkl. Onlineservicehandbuch unter www.servicehandbuch.de .
16.9.2021	Abschlussveranstaltung zum 3. Mandat des NKR mit Bundeskanzlerin Angela Merkel.
20.9.2021	Ende des 3. und Beginn des 4. Mandats des NKR.

26.9.2021 Bundestagswahl

